

Stand: 03.04.2026 21:10:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2658

"Heimatnahe Banken und Sparkassen schützen – unpassende Regulierung aus Brüssel verhindern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2658 vom 02.07.2024
2. Beschluss des Plenums 19/2709 vom 03.07.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 24 vom 03.07.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Maximilian Böttl, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Werner Stieglitz, Martin Stock, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)

Heimatnahe Banken und Sparkassen schützen – unpassende Regulierung aus Brüssel verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin gegenüber der EU und dem Bund für eine stärkere Berücksichtigung der besonderen Strukturen der hiesigen Kreditwirtschaft in der Bankenregulierung einzusetzen. Die bayerischen Banken und Sparkassen sollen nicht mit ausufernder Regulierung gegängelt werden, sondern sich vor Ort den Bedürfnissen ihrer Kunden widmen können.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass das bewährte Drei-Säulen-Modell der Kreditwirtschaft und die auf Prävention ausgerichteten Sicherungssysteme vor einer regulatorischen Benachteiligung geschützt werden.

Den Bestrebungen zum Einsatz der zum Sparerschutz in Deutschland angesparten Finanzmittel zur Bewältigung von Bankpleiten in anderen EU-Staaten über eine EU-Einlagensicherung (EDIS) bzw. einem „Hybridmodell“ sowie der Aushebelung der auf Prävention ausgerichteten Strukturen (CMDI-Review) ist weiterhin entschlossen entgegenzutreten. Ebenso gilt es zu verhindern, dass die EZB mit dem digitalen Euro die Refinanzierung der Geschäftsbanken erschwert und mit diesen in einen Wettbewerb um die Abwicklung von Kundenzahlungen eintritt.

Begründung:

Das Drei-Säulen-Modell mit Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Geschäftsbanken ist in Europa einzigartig. Auch die Sicherungssysteme der Bankengruppen, die statt der Abwicklung von Bankpleiten die Prävention von Schieflagen in den Fokus stellen, sind eine deutsche Besonderheit. Dementsprechend herausfordernd ist es, in den maßgeblich auf EU-Ebene unter Beteiligung von 27 Mitgliedstaaten ausge-

stalteten Regelwerken den besonderen Strukturen der hiesigen Kreditwirtschaft ausreichend Rechnung zu tragen. Insbesondere kleine Regionalbanken sind deshalb schon heute oft mit Vorschriften konfrontiert, die auf die Geschäftsmodelle von Großbanken ausgerichtet sind. Für kleinere Institute bedeutet das erhebliche Mehrkosten und erschwert die Aufrechterhaltung der Präsenz in ländlichen Regionen.

In der beginnenden Legislaturperiode des EU-Parlaments drohen weitere Weichenstellungen zum Nachteil der hiesigen Kreditwirtschaft. Am 18. April 2024 hat der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EU-Parlaments nach fast zehnjähriger Beratung eine Empfehlung zur Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme (EDIS) beschlossen, die nun als Grundlage für weitere Schritte im Gesetzgebungsverfahren dienen soll. Zwar ist in einer ersten Stufe nur eine Art Rückversicherungslösung vorgesehen, das Zielbild einer Vollversicherung in den nächsten Schritten bleibt aber explizit bestehen. Eine damit faktisch verbundene Abschaffung funktionierender Systeme in den Mitgliedstaaten zugunsten EU-weiter Mechanismen ist mit Blick auf das Subsidiaritätsprinzip fragwürdig. Das angestrebte EU-System könnte je nach Ausgestaltung Kreditinstitute dazu verleiten, höhere Risiken einzugehen und Lasten in das europäische Sicherungssystem zu verschieben („Moral Hazard“). Das schwächt die Finanzstabilität in ganz Europa. Auch um das Vertrauen der Bankkunden zu schützen, müssen Institutsicherungssysteme von einem EU-weiten Einlagensicherungssystem ausgenommen und auch einer „Hybridlösung“ entschieden entgegengetreten werden.

Außerdem schreitet die „Reform des Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung“ (CMDI) voran. Während mit EDIS die finanzielle Ausstattung der deutschen Sicherungssysteme angetastet wird, stellt die CMDI-Reform die auf Prävention ausgerichtete Struktur des Systems infrage. Die für internationale Großbanken konzipierten Abwicklungsvorschriften sollen auf kleine und mittlere Banken ausgeweitet werden. Die bewährten und effizienten deutschen Instituts- und Einlagensicherungssysteme würden ausgehebelt. Übereilte Bankenabwicklungen könnten jedoch dem Vertrauen in die Stabilität des Bankensystems schaden. Deshalb gilt es, kleine und mittlere Kreditinstitute aus dem EU-Abwicklungsregime herauszuhalten.

Derweil birgt die Schaffung eines digitalen Euro, die auf Vorschlag der EU-Kommission im Gesetzgebungsverfahren und parallel von der Europäischen Zentralbank (EZB) vorangetrieben wird, sowohl Chancen als auch Risiken. Es muss vermieden werden, dass ein digitaler Euro zu Einlagenabflüssen bei den Geschäftsbanken führt, welche die Fähigkeit zur Kreditvergabe beeinträchtigen und schlimmstenfalls in Liquiditätsengpässe münden. Auch aus ordnungspolitischen Erwägungen heraus muss die EZB vermeiden, mit dem digitalen Euro in den Wettbewerb mit den Geschäftsbanken bei der Abwicklung von Kundenzahlungen einzutreten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Maximilian Böttl, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Werner Stieglitz, Martin Stock, Steffen Vogel und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/2658

Heimatnahe Banken und Sparkassen schützen – unpassende Regulierung aus Brüssel verhindern!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin gegenüber der EU und dem Bund für eine stärkere Berücksichtigung der besonderen Strukturen der hiesigen Kreditwirtschaft in der Bankenregulierung einzusetzen. Die bayerischen Banken und Sparkassen sollen nicht mit ausufernder Regulierung gegängelt werden, sondern sich vor Ort den Bedürfnissen ihrer Kunden widmen können.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass das bewährte Drei-Säulen-Modell der Kreditwirtschaft und die auf Prävention ausgerichteten Sicherungssysteme vor einer regulatorischen Benachteiligung geschützt werden.

Den Bestrebungen zum Einsatz der zum Sparerschutz in Deutschland angesparten Finanzmittel zur Bewältigung von Bankpleiten in anderen EU-Staaten über eine EU-Einlagensicherung (EDIS) bzw. einem „Hybridmodell“ sowie der Aushebelung der auf Prävention ausgerichteten Strukturen (CMDI-Review) ist weiterhin entschlossen entgegenzutreten. Ebenso gilt es zu verhindern, dass die EZB mit dem digitalen Euro die Refinanzierung der Geschäftsbanken erschwert und mit diesen in einen Wettbewerb um die Abwicklung von Kundenzahlungen eintritt.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Martin Böhm

Abg. Roland Weigert

Abg. Tim Pargent

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Steffen Vogel

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Heimatnahe Banken und Sparkassen schützen - unpassende Regulierung aus Brüssel verhindern! (Drs. 19/2658)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)

Für die bewährten drei Säulen aus öffentlich-rechtlichen, genossenschaftlichen und privaten Banken! (Drs. 19/2677)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Stefan Frühbeißer das Wort.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp elf Wochen ist im zuständigen Gremium, im Ausschuss des EU-Parlaments festgelegt worden, das Verfahren hinsichtlich der Einlagensicherung entsprechend fortzusetzen. Die Einlagensicherung für Banken ist ein Thema, das gravierende Auswirkungen auf unseren Bereich hat, auf unsere Sparkassen, auf unsere Genossenschaftsbanken und auf unser Bankensystem mit vielen kleinen Privatbanken.

Wie sieht die Situation aus? – Vielleicht einmal zur Klarstellung: Knapp 50 % aller Darlehensvergaben im Unternehmensbereich lauten genau über diese drei Säulen. Knapp 60 % der privaten Darlehensvergaben werden ebenfalls im Bereich der Sparkassen, der Genossenschaftsbanken und der kleinen Privatbanken vorgenommen.

Wir haben diese Banken, die ich genannt habe, auf der einen Seite. Auf der anderen Seite haben wir internationale Großbanken, für die natürlich Einlagensicherung nach EU-Verständnis eine ganz andere Rolle spielen soll. Eine Vereinheitlichung und Gleichbehandlung stelle ich mit meinen Ausführungen gleich infrage; denn Gleichbehandlung heißt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Genau das ist der Punkt.

Allerdings sollen unsere Banken, die gerade in der Fläche, im ländlichen Raum, vor Ort sind, die bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern sind, die direkt beim Verbraucher, beim Häuslebauer, beim Nutzer sind, über den gleichen Kamm wie die Großbanken geschoren werden. Natürlich sind aber die Kriterien, die für eine internationale Großbank anzusetzen sind, um Einlagensicherung zu betreiben, ganz unterschiedlich, und sie haben und bedingen andere Voraussetzungen.

Ganz entscheidend für mich ist auch noch zu betrachten, dass unsere Genossenschaftsbanken die Erfinder – so nenne ich es mal – der Einlagensicherung waren; denn die Genossenschaftsbanken haben bereits vor 90 Jahren gewährleistet, dass die Einlagen ihrer Sparer und Kunden entsprechend gesichert sind. Das hat sich in Krisen, während Corona und während Wirtschaftskrisen, bewiesen und erwiesen, und es hat auch dem standgehalten, was man vielleicht bei den internationalen Großbanken durchaus berechtigt infrage stellen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich mache mir weniger Sorgen um eine Gleichbehandlung – das möchte ich auch erwähnen –; ich mache mir mehr Sorgen darüber, was passieren würde, wenn die EU tatsächlich diese Vorgaben, die sie nach dem Muster der Großbanken beabsichtigt, eins zu eins auf unsere Bankenlandschaft mit den drei Säulen umsetzen würde, mit der Einlagensicherung, die bei den Genossenschaftsbanken ja schon vorhanden ist. Das würde man dann einfach mal so übernehmen. Dann käme im Krisenfall – ich nenne es jetzt so – und beim Krisenmanagement, das zum Einsatz kommt, wenn Ban-

ken in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, die Einlagensicherung zum Tragen; denn ein wesentlicher Teil der Vision oder der Denkweise ist auch ein einheitliches Einlagensicherungskonzept. Ich behaupte, dass in dieser Situation, in diesem Krisenfall und bei unserer Bankenstruktur, die wir über viele, viele Jahrzehnte problemlos hatten, die unser ländlicher Raum gewohnt ist, die uns sicherstellt und unseren Mittelstand sichergestellt hat, derjenige, der gut gewirtschaftet hat, andere mitfinanzieren soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kann und darf nicht unsere Absicht sein. Das kann und darf nicht die Absicht unserer Bundesregierung sein. Es kann und darf nicht die Absicht unserer EU-Abgeordneten sein, das einheitlich zu regeln. Das Risiko ist, dass wir aus unserer Situation heraus, die sich über Jahrzehnte bewährt hat, letztendlich als Zahlmeister im Krisenfall auftreten müssen, um andere Großbanken zu sichern, die, wie wir auch aus Erfahrung wissen, ganz anders gewirtschaftet haben und bereits mehrfach durch staatliche Mittel – und staatliche Mittel sind ganz einfach auch Steuergelder – entsprechend finanziert werden mussten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte auch noch eines deutlich machen: Wenn diese Einlagensicherung so zum Tragen kommt, hat sie natürlich in der Folge weitere Aspekte. Taxonomie ist ein Begriff. Vor allen Dingen ist es aber auch so, dass wir, –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf die Redezeit, Herr Kollege.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): – wenn der digitale Euro kommt – ich sage es nur noch als Stichwort –, auch das Risiko haben, dass Mittel von unserem Bankensystem wegfließen, um ganz andere Interessen sicherzustellen. Dafür sind wir nicht zu haben. Deshalb unterstützen Sie bitte unseren Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen gesehen habe, habe ich auf den ersten Blick zuerst eine gewisse Sympathie gehabt. Beim zweiten Blick und auch beim genauen Hinschauen sieht das schon ein bisschen anders aus.

Zum einen, lieber Kollege, sind das Selbstverständlichkeiten, die seit zehn Jahren völlig unkritisch von allen relevanten politischen Kräften in Deutschland geteilt werden, hier in Bayern und in der Bundesrepublik Deutschland, egal unter welcher Bundesregierung. Schauen Sie sich die Unterlagen an. Jeder wird den Vortrag, den Sie hier halten, wiederholen können, und zwar im Nachtschlaf. Sie tragen hier Selbstverständlichkeiten vor, was die deutsche Position und was die bayerische Position betrifft. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Ihr Antrag enthält einige ungenauen Formulierungen. – Der dritte Punkt, weshalb wir uns bei Ihrem Antrag enthalten: Sie haben kein klares Bekenntnis zu einer Bankenunion. Es geht nämlich auch darum, dass wir eine Regulierung in Europa bekommen, die die europäische Volkswirtschaft stärkt und die insbesondere, was den Euro anbetrifft, globale Wettbewerbsfähigkeit herstellt. Das ist nämlich ein maßgebliches Ziel auch und gerade für die deutsche Volkswirtschaft und die deutschen Institute.

Deswegen haben wir einen Nachzieher gebracht, der das Wesentliche deutlich macht und der ausdrücklich nennt, was eigentlich das gemeinsame Ziel sein soll, über das wir in Brüssel so hart und konsequent verhandeln. Es geht nämlich darum, auch den Bankensektor zu regulieren. Wenn wir das nicht machen, dann wird die nächste Bankenkrise wieder den Steuerzahler treffen. Wir wollen ein vereinheitlichtes System haben, in dem sich die Banken selbst stützen müssen. Diese Entlastung des Steuer-

zahlens müssen wir neben dem gemeinsamen Wirtschaftsbereich im Bankensektor voranbringen.

Das Gleiche gilt für die Unterstützung des digitalen Euro, weil er wichtig ist für eine moderne Volkswirtschaft. Alle Notenbanken arbeiten daran. Es ist wichtig, dass wir ihn nicht infrage stellen. Wir hätten uns leichter getan, wenn CSU und FREIE WÄHLER einfach gesagt hätten, wir wiederholen das, was im Koalitionsvertrag dieser Bundesregierung steht.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dort steht nämlich exakt drin:

"Im Rahmen eines umfassenden Gesamtpakets zum Finanzbinnenmarkt sind wir deshalb bereit, eine europäische Rückversicherung für nationale Einlagensicherungssysteme zu schaffen, die bei den Beiträgen strikt nach Risiko differenziert. Voraussetzung dafür"

– jetzt bitte genau zuhören –

"ist eine weitere Reduzierung von Risiken in den Bankbilanzen, die weitere Stärkung des Abwicklungsregimes" –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Redezeit, Herr Kollege!

Volkmar Halbleib (SPD): – ich bin gleich am Ende –

"und der Erhalt der Institutssicherung der Sparkassen und Volksbanken – mit dem klaren Ziel, wirtschaftliche Zusatzbelastungen der ihnen angehörenden kleinen und mittleren Banken zu vermeiden."

(Martin Wagle (CSU): Jetzt ist es aber gut!)

Das hätten Sie einfach reinschreiben können. Dann hätten wir uneingeschränkt zustimmen können.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Martin Böhm, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die alten Hasen unter uns erleben gerade jetzt den Neuaufguss des FREIE-WÄHLER-Antrags auf Drucksache 18/5322, hier bereits am 19. Februar 2020 von mir ausführlich besprochen. Die Anträge damals wie heute umfassen wichtige Themenfelder, die die Zukunft des Sparens und des Geldverkehrs bestimmen. In den bisherigen Beiträgen ist die Tatsache noch nicht so aufgeschienen, dass Einlagensicherung und Eigenkapitalausstattung der Banken zwei Seiten derselben Medaille sind.

Wichtig ist die Forderung, die Drei-Säulen-Struktur unserer deutschen Bankenlandschaft zu bewahren und so die säulenbezogene Gestaltung unserer nationalen Einlagensicherung zum Wohle der bayerischen Sparer beizubehalten. Es ist wieder einmal der übergriffige Apparat der EU, der im April – das geht übrigens schon seit 1998 so, das ist nichts ganz Neues – die Weichen gestellt hat hin zu einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme. Aber wir brauchen keine Verschränkung der hier über Jahrzehnte bewährten Haftungssysteme zugunsten torkelnder Banken der Rotweinstaaten.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen auch keine internationalen Großbanken, die mit der Rückendeckung deutscher Einlagensicherung noch weiter und noch intensiver ins Risiko gehen. Wir brauchen solide Sparkassen und Volksbanken, die mit dem bewährten Instituts- und Einlagensicherungssystem unseren bayerischen Sparern einen sicheren Hafen bieten. Für diesen sicheren Hafen kämpfen wir.

(Beifall bei der AfD)

An bewährte Systeme die Axt anzulegen, ist das ganz typische Agieren der EU auf dem Weg zur Gleichschaltung der Mitgliedstaaten. Gestern stand "Deutsche Mark" auf dem zu fällenden Stamm, heute "Sicherheit unserer Spareinlagen", und für morgen ist die Existenz des Bargeldes bereits zum Fällen markiert.

Der Auftrag von uns Volkspolitikern ist es, Widerstand gegen den Brüsseler Unitarismus zu leisten und unserem Deutschland ein gedeihliches Leben in einem Bund befreundeter, aber eben souveräner Nationalstaaten zu sichern. Das ist das Ziel.

Ihr Antrag, liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und von der CSU, ist ein erster und richtiger Schritt dahin. Dem Dringlichkeitsantrag stimmen wir zu.

Der Nachzieher der SPD-Fraktion teilt die Kritik von FREIEN WÄHLERN, CSU und AfD hinsichtlich der Notwendigkeit, die bewährte deutsche Sicherungssystematik zu schützen. Das ist zumindest löblich. Allerdings führen die irrlichternden Einlassungen im weiteren Verlauf zum digitalen Euro ins Nirgendwo. Deswegen lehnen wir den Nachzieher der SPD-Fraktion selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Roland Weigert vor.

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Böhm, Sie sprechen davon, dass die Europäische Union wirtschaftsschädlich ist, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Auf welchen Umstand führen Sie den beispiellosen Aufstieg der deutschen Volkswirtschaft während der Zeit der europäischen Integration zurück? Ist die Europäische Union für diesen beispiellosen Aufstieg mitverantwortlich oder nicht?

Martin Böhm (AfD): Wir erkennen zurzeit den beispiellosen Abstieg der deutschen Volkswirtschaft. Der ist der Abrisstruppe in Berlin zu verdanken. Dort liegt der Grund für alles Übel, das unsere Volkswirtschaft trifft.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hören Sie überhaupt zu? – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Frage! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Nicht ausweichen! Wir wollen eine Antwort haben!)

Das ist selbstverständlich auch der Grund, warum wir hier in Bayern zurückgehende Steuereinnahmen haben, warum unser Finanzminister unter zurückgehenden Steuern zu leiden hat. Alles andere, was da an Ungemach geschieht, sollten Sie mit Ihren Kollegen und mit den Bekannten in Berlin besprechen. Denken Sie an meine Worte!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Tim Pargent, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde die Grundaussage, die den Dringlichkeitsanträgen ein Stück weit vorausgeht, erst einmal richtig. Unser Drei-Säulen-Modell des Finanzplatzes Deutschland ist gut und richtig. Gerade als jemand, der nicht aus einer Millionenstadt oder aus einer Großstadt kommt, weiß ich, welchen Wert regionale Bankenstrukturen – Sparkassen, Genossenschaftsbanken, auch Privatbanken – haben. Sie bringen uns nämlich Stabilität, aber auch Wettbewerb. Im europäischen Vergleich sieht man manchmal, dass die Profitabilität des deutschen Bankenwesens nicht so hoch ist. Das heißt, der Wettbewerb ist intensiv, läuft und ist gut.

Wenn man im Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN weiterliest, tut es nichtsdestoweniger langsam ein bisschen weh, wenn man lesen muss, dass das akut bedroht sei. Das sehe ich etwas anders. Da würde ich dazu raten, ein bisschen abzurüsten. Gerade an die Adresse der CSU sage ich: Ich sehe diesen Antrag als kleine Kritik an Ihrer eigenen Kommissionspräsidentin aus Deutschland von der Union, da sie scheinbar nicht in der Lage ist, die deutschen Interessen,

(Zuruf von der CSU)

die hier eklatant auf dem Tisch liegen, auch in die neue Kommission ordentlich einzubringen.

Aber gehen wir es im Einzelnen durch. Erstes Thema: Einlagensicherung. Da habe ich auch einen Kritikpunkt; denn da greifen Sie sich in Ihrem Dringlichkeitsantrag die Einlagensicherung ganz isoliert heraus, ohne die gesamte und, wie ich finde, wichtige europäische Bankenregulierung zu betrachten, die nämlich auf dem Grundsatz beruht: Niemals sollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wieder für die Bankenpleiten einspringen müssen, wie übrigens in Bayern auch geschehen.

Das ist ein wichtiger Satz, den man vornewegstellen muss. Dafür braucht es aber nicht nur ein bisschen Bankenunion und ein bisschen Aufsicht, sondern drei starke Teile: Erstens, die Bankenaufsicht, die relativ gut umgesetzt worden ist. Zweitens, Bankenabwicklungsmechanismus. Drittens, eine Form – das sage ich jetzt mal ganz offen – der Einlagensicherung auch auf europäischer Ebene.

Die Frage ist aber, wie wir das regeln. Da sehe ich gewisse Ansätze, die geplant sind, als gut an, nämlich die nationalen Sicherungssysteme mit einer Art Rückversicherung, wie sie auch im Koalitionsvertrag der Ampel vorgesehen ist, auszustatten, die nationalen Institutssicherungs- und Einlagensicherungssysteme aber zu erhalten. Wir GRÜNE stehen dazu ganz klar. Wir stehen dazu übrigens auch im Koalitionsvertrag bezüglich der Europawahl. Ich finde das gut, ich finde das richtig.

In Ihrem Antrag aber kommen positive Stimmen zum Thema Bankenregulierung absolut zu kurz. Das langfristig anvisierte Ziel einer vollständigen Vergemeinschaftung der Sicherungssysteme lehnen wir GRÜNE ab. Die Institutssicherung hat sich bewährt. Wir wollen sie erhalten und mit der Rückversicherung ergänzen. Sie haben in Ihrem Antrag dazu aber keine Aussage gemacht. Wir können, weil die SPD zum Koalitionsvertrag der Ampel steht, ihrem Antrag an der Stelle klar zustimmen.

Den Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN muss ich leider ablehnen, weil das klare Bekenntnis zur Institutssicherung fehlt. Ich muss ihn auch aus einem zweiten

Grund ablehnen. Das sind Ihre Ausführungen zum digitalen Euro. – Ich kann in Ihrer Fraktion während der letzten ein, zwei Jahre Bewegung erkennen. Während Sie den digitalen Euro am Anfang nach dem Motto "Das brauchen wir nicht, das ist alles irgendwie Hexenwerk" noch gänzlich abgelehnt haben, sehe ich jetzt schon etwas differenziertere Positionen. Wenn man es sich anschaut, dann stellt man fest, es gibt aber eigentlich doch wieder nur viele Fragezeichen und viel Kritik daran.

Wir GRÜNE sind der Meinung, wir brauchen eine Form des digitalen Euros. Alle Zentralbanken dieser Welt befassen sich wenigstens mit diesem Thema. Ob sie eine digitale Währung einführen, steht auf einem anderen Blatt. Kryptowährungen mit ihren immensen Risiken sind auf dem Vormarsch. Man kann da nicht zuschauen. Statt der Fundamentalopposition, wie sie FREIE WÄHLER und CSU in ihrem Antrag üben, braucht es einen digitalen Euro; aber es braucht einen vernünftigen.

Der Antrag sagt die ganze Zeit, was er nicht will. Er sagt aber nicht, wohin er will. Das ist uns zu wenig, das ist uns nicht konstruktiv genug. Wir werden den Antrag deswegen ablehnen und dem SPD-Antrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Böhm von der AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Martin Böhm (AfD): Lieber Herr Kollege Tim Pargent von den GRÜNEN, das System der Einlagensicherung, das wir im Moment haben, ist einfach formuliert eine Ex-ante-Lösung. Die Gelder sind in gewissen Fonds für den Worst Case reserviert, dass eine Bank ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Auf europäischer Ebene denkt man – vereinfacht dargestellt – über Ex-post-Lösungen nach. Das heißt, es wird so lange gewartet, bis das Institut nicht mehr zahlt, und dann überlegt man sich, welches Land – wenn es im Fall eines großen Crashes überhaupt noch zahlungsfähige Länder gibt – überhaupt noch in der Lage ist, Geld zuzuschie-

ßen. Üblicherweise werden das natürlich die Länder mit einer guten Bonität sein, sprich: Es wird Deutschland treffen. Finden Sie diese Lösung im Sinne der bayerischen und deutschen Bürger gut? Oder wie sehen Sie das?

Tim Pargent (GRÜNE): Ich glaube, Sie machen den zweiten Schritt vor dem ersten. Wir sind noch gar nicht so weit.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Die Verhandlungen dazu laufen. Ich habe Ihnen unsere Position klargemacht. Ich bin dafür, dass der Steuerzahler eben nicht mehr einschreiten muss, sondern dass es einerseits Sicherungssysteme, andererseits vernünftige Abwicklungsmechanismen für die Banken gibt.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Steffen Vogel für die CSU-Fraktion.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU steht selbstverständlich zu hundert Prozent hinter unseren Genossenschaftsbanken, unseren Raiffeisenbanken und unseren Sparkassen.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wer steht nicht hinter ihnen?)

Warum? – Unser funktionierendes Bankensystem ist ein absoluter Garant für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns und Deutschlands. Wer unterstützt denn den Mittelstand? Wer gibt denn die Kredite für den Häuslebauer? Wo holen sich denn der Schreiner, der Handwerker ihren Kredit? – Das ist doch nicht die Großbank, sondern das ist die regionale Genossenschaftsbank, vielleicht auch die Privatbank oder die Sparkasse vor Ort.

Man muss im Gegensatz zu den GRÜNEN einfach sagen: Wir halten dieses System tatsächlich für gefährdet. Das kann an uns nicht spurlos vorbeigehen. Die Sparkassen in Bayern haben 46.000 Beschäftigte.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wir haben 59 selbstständige Sparkassen mit 3.200 Filialen. Bei mir im Landkreis Haßberge gibt es außer den Filialen der regionalen Banken keine einzige Filiale einer anderen Bank. Es gibt keine Großbank. Wenn dieses System in Gefahr ist, dann haben die Bürgerinnen und Bürger keinen Ansprechpartner mehr vor Ort für ihre finanziellen Geschäfte. Für uns ist es deshalb eine Kernaufgabe, die schützende Hand über unsere Genossenschaftsbanken, über unsere Sparkassen und die kleinen privaten Banken zu halten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind deshalb gegen eine Vergemeinschaftung des Einlagensicherungssystems.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind deshalb gegen eine Vereinheitlichung und Vergemeinschaftung der Haftungsrisiken. Wir sind gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden. Letztendlich ist das doch nichts anderes als eine Schuldenunion durch die Hintertür. Warum? – Bayerische und deutsche Banken sichern sich mit einer hohen Eigenkapitalquote ab. Bei einer italienischen Großbank zum Beispiel gilt eine italienische Staatsanleihe als Sicherheit. Jetzt muss man sich überlegen: Dem Staat Italien geht es vielleicht nicht so gut; er macht Schulden. Er gibt Staatsanleihen aus. Diese sind dann eine Sicherheit für die Banken.

Das kann nicht in unserem Interesse sein, weil es im schlimmsten Fall dazu führen kann, dass das Geld bayerischer Kleinanleger dafür zur Verfügung gestellt werden muss, italienische Großbanken zu retten. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag.

Liebe Kollegen, natürlich macht ein digitaler Euro wegen Kryptowährungen usw. Sinn. Wir sind uns doch aber auch einig: Die EZB kann mit dem digitalen Euro nicht eine eigene Anlageform in den Markt geben, sodass plötzlich Anleger direkt bei der EZB in den digitalen Euro investieren und damit den normalen Banken das Geld fehlt, um Kredite ausreichen zu können. Das heißt, Ja zum digitalen Euro, aber nicht als Konkurrenz zu den bestehenden normalen Banken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das deutsche Bankensystem ist eine Erfolgsgeschichte. Es geht letztlich nicht nur darum, Einlagensicherungen und Abwicklungsszenarien zu vereinheitlichen. Die Europäische Union kann nicht alles über einen Kamm scheren. Es ist vollkommen unangemessen, die Raiffeisenbank Ebern, die Raiffeisenbank Haßfurt mit einer italienischen Großbank gleichzusetzen. Es geht einfach nicht, dass eine kleine Bank vor Ort die gleichen Regularien wie eine Großbank erfüllen muss. Wir sind der festen Überzeugung, dass es geboten ist, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Steffen Vogel (CSU): – nicht alles über einen Kamm zu scheren. Unterschiedliches muss auch unterschiedlich behandelt werden.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Steffen Vogel (CSU): Ich darf deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag bitten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte noch eine Minute am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Volkmar Halbleib, SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Geschätzter Kollege Vogel, ich glaube, die deutsche und bayerische Position seit zehn Jahren ist unstrittig. Ich würde einfach empfehlen – ich weiß, Sie machen es nicht gern –, lesen Sie den Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2021.

(Martin Wagle (CSU): Lieber nicht!)

Auf Seite 133 steht – vielleicht mit weniger Verve – exakt das, was Sie hier als Neuigkeit verkünden. Ich bedanke mich in diesem Sinne für die Unterstützung dieser Position.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Habt ihr es umgesetzt?)

Bei der Verschuldung der Staaten ist es natürlich genau umgekehrt zu dem, was Sie gesagt haben. Wenn Sie keine Bankenregulierung mit europaweiter Sicherung der Einlagensysteme schaffen, dann wird es dazu kommen, dass wieder die Staaten – und letztendlich der Steuerzahler – Bankencrashes bezahlen müssen. Das führt zu unberechtigter Staatsverschuldung und zu Problemen in Europa. Wir müssen deswegen grundsätzlich für eine Bankenunion sein. Sie braucht allerdings den Schutz der drei Säulen, die wir immer nach vorne gerückt haben, sowie den Schutz des deutschen Einlagensystems. Insofern sind wir da nahe beieinander.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich glaube, wir brauchen keine dramatischen Wiederholungen dessen, was im Bund ohnehin läuft.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Herr Kollege Halbleib, was war jetzt die Frage? Gab es irgendeine Frage?

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Dass sie es erkannt haben, aber im Bund nichts tun!)

Vielleicht noch ein Satz. Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er nur auf die Institutsgarantie abstellt. Es gibt aber die kleinen privaten Banken. Im Landkreis Haßberge in Ostunterfranken gibt es die Flessabank und die Castell-Bank. Diese sind von dieser Bürokratie genauso betroffen. Sie trifft nicht nur die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken, sondern auch die kleinen Privatbanken; wir müssen auch diese von Bürokratie entlasten. Die kleinen Privatbanken sind in Ihrem Antrag nicht enthalten. Wir lehnen Ihren Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/2658 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/2677 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/2659 mit 19/2661 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss überwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt: Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule sichern", Drucksache 19/2656. Mit Ja gestimmt haben 34, Nein-Stimmen 124, 0 Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)